

Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechzehiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.



Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 428. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

## Deutschland.

Berlin, 12. Septbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen ordentlichen Professor an der Universität in Tübingen, Dr. S. Schwendener, zum ordentlichen Professor in der physiologischen Facultät der Universität in Berlin, sowie den Oberlehrern am Gymnasium in Meldorf Dr. Michael Hayduck zum Gymnasial-Director ernannt.

Dem Gymnasial-Director Dr. Michael Hayduck ist die Direction des Gymnasiums zu Marienburg übertragen worden. Den Lehrern am Conservatorium der Musik in Köln, Concertmeister Otto von Königslöw, Secutorius Fidus Seiß, sowie dem Landschaftsmaler Carl Scherres in Berlin in das Prädicat „Professor“ beigelegt worden.

Berlin, 12. Sept. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] gestern die Pflanzen- und Obst-Ausstellung in Coblenz und Berlin in das Prädicat „Professor“ beigelegt worden.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 11 Uhr den Vortrag des Civil-Sekretärs und um 3 Uhr den des Staats-Sekretärs von Bülow entgegen.

(R.-A.)

Berlin, 12. Septbr. [Vom Reichstage.] Das Socialistengesetz. — Das Gesundheitsamt. Im Reichstag waren heute sämtliche Abteilungen mit Wahlprüfungen bestätigt. Weit über die Hälfte der Mandate hat man bereits für alle Wahlen, welche irgend wie Anstände hervorrufen und vorläufig zurückgestellt und werden der Wahlprüfungs-Commission überwiesen werden. Diese wie die Geschäftsortungs-Commission soll ausgetragen werden. — Heute Vormittag war der Senior-Conservativ zusammengetreten, zu welchem delegirt hatten: die deutschconservative Abg. Graf Kleist (Schmelz) und von Hellendorf; die Reichspartei den Abg. von Kardorff; das Centrum Frhrn. v. Franckenburg und den Abg. Reichsritter (Crefeld); die Nationalliberalen die Abg. Stephani und Ritter; die Fortschrittspartei die Abg. Kloß und Ritter (Hagen). Man einige sich vorläufig über die Zusammensetzung von drei Commissionen. Die Geschäftsortungs-Commission besteht aus 5 Conservativen, 4 Nationalliberalen, 4 Centrum-Mitgliedern und 1 Fortschrittsmann. In der Wahlprüfungs-Commission sollen sich befinden 4 Conservative, 5 Nationalliberalen, 4 vom Centrum und 1 Fortschrittler. Endlich sollen gewählt werden die Petitions-Commission 9 Conservative, 8 Nationalliberalen, vom Centrum und 3 von der Fortschrittspartei. Ueber die Zusammensetzung der Special-Commission, an welche das Socialistengesetz verweisen werden soll, ist noch keine Verständigung erzielt.

Der Gesamtvorstand des Reichstages, bestehend aus den Präsidenten, den Schriftführern, Quästuren und dem Bureau-Director, heute Mittag zur ersten Sitzung zusammen, in welcher die Verhandlung der Geschäfte vollzogen worden ist. — Ueber den Beginn der Lesung des Socialistengesetzes wird man sich erst morgen schlüssig machen. Von vielen Seiten und namentlich im Centrum wünscht man bereits am Sonnabend in die Berathung einzutreten, um möglichst seinen Tag zu verlieren. Andererseits wünscht man, die Berathung bis Montag zu vertagen mit Rücksicht darauf, daß man bis dahin den Fürsten Bismarck nach Berlin zurückgekehrt glaubt. — Die Reichsregierung hat soeben ein neues Grundstück in Berlin zu Dienstszwecken für Reichsbehörden, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Reichstages, erworben. Es ist dies das in der Nähe der Reichsschule belegene Haus Louisenstraße 57, welches dem Reichsgesundheitsamt überwiesen werden soll, und zwar beabsichtigt man, das Erdgeschoss für das Laboratorium, den ersten Stock für die Bureaux und den zweiten Stock für die Wohnung des Directors einzurichten. Es wird dieser Plan aber erst später zur Ausführung kommen, und mit dem 1. October d. J. der Reichsregierung zu überweisende Haus zu der Tabakskonkurrenz-Commission zur Verfügung gestellt werden. Es sei dieser Gelegenheit bemerk't, daß das Reichsgesundheitsamt in parlamentarischen Kreisen Gegenstand lebhafter Erörterungen ist. Man fragt sich den Gründen der auffälligen bisherigen Nichtbesetzung der vom Reichstag bewilligten neuen Mitgliederstellen des Amtes und will darin die Besetzung der Thatsache erblicken, daß sich das Amt in einer Art besondere, welche voraussichtlich mit eingreifenden Veränderungen seiner Organisation oder seiner Leitung endigen dürfte. Beranlassung solle außer andern Vorgängen hauptsächlich Ressortdifferenzen zwischen Directors mit dem ihm übergeordneten Reichskanzleramt gegeben haben, welche eine derartige Ausdehnung gewonnen hatten, daß nur die Alternative einer vollständigen Ablösung des Reichsgesundheitsamts aus einer bisherigen Ressortstellung oder eines Personenwechsels übrig bliebe. Bei dem großen persönlichen Einfluß, den der Director des Reichstags in den beteiligten Kreisen auf den Ausgang der Differenz in einem Grade gepaßt. Die seit längerer Zeit schon währende Beurteilung des Geh. Rath Struck, welche aus „Gesundheitsrücksichten“ erfolgt ist, wird — wie weit mit Grund, bleibe dahingestellt — mit den Vorgängen in Verbindung gebracht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch diese Angelegenheit Gegenstand einer Interpellation im Reichstag wird, obschon die Frage doch erst anlässlich der nächsten Sitzberathung zum Ausdruck gebracht werden möchte.

Berlin, 12. Septbr. [Die Manövers. — Vom Bundesrat. — Cadetten-Anstalten. — Kirchenkollekte. — Reichstag.] Der Kriegsminister, General der Infanterie, v. Kastell trifft Sonnabend in Berlin ein und wird sich im Laufe der nächsten Woche nach Kassel zur Theilnahme an den großen Manövern des 11. Armeecorps begeben. In Bezug auf dieselben ist angeordnet, daß die Parade am 20. Septbr., am 21. Manöver mit marktfreiem Feind, am 23. und 24. Feldmanöver stattfindet. Es steht nun mehr fest, daß an diesen Manövern der Kaiser, der Kronprinz, der Prinz Wilhelm, Prinz Albrecht, der Großherzog von Sachsen, der Großherzog von Oldenburg, der Fürst von Waldeck und Pyrmont und der Prinz von Württemberg teilnehmen. Es werden außerdem erwartet der Chef des Generalstabes, General-Feldmarschall Graf Molte, General v. Pobbelst, General-Lieutenant v. Biehler, Feldmarschall v. Manstein, General der Cavallerie Freiherr v. d. Goltz, General-Major v. Poncador, und von fremden Militär-Bevollmächtigten der russische Genl. Kleut. v. Neutern. Außerdem erwartet man die Theilnahme anderer Drittländer aus Russland, Belgien, Schweden, Spanien und Frankreich.

In der nächsten Zeit werden die Ausschüsse des Bundesrats über die zum größten Theil noch aus der letzten Session des aufgelösten

Reichstages stammenden Vorlagen in Berathung treten, damit über dieselben im Plenum des Bundesrats Besluß gefaßt werden kann.

Die Nachricht, daß die feierliche Einweihung der Haupt-Cadettanstalt zu Lichtenfelde auf den 2. October festgesetzt sei, scheint irrtümlich oder verfrüht zu sein; wenigstens sind Bestimmungen bei keiner der betreffenden Behörden bis jetzt eingetroffen. — Die von der „Boss. Ztg.“ gegebene Nachricht, daß das landwirthschaftliche Ministerium über die Kanalbauten in Frankreich Erhebungen habe anstellen lassen, ist unrichtig. Bekanntlich fallen alle Staatskanalbauten und sonstige Kanalbauten in den Verwaltungsbereich des Handelsministeriums. Das landwirthschaftliche ist bei solchen Arbeiten nur dann interessirt, wenn es sich um Gründung von Genossenschaften befaßt. Anlegung kleiner Kanäle handelt, welche ausschließlich der Bodenbau zu Gute kommen sollen. — Im Anschluß an frühere Mittheilungen, daß seitens der Kirchenbehörden Erhebungen über die Entschädigungen für die aufzuhabenden Stolzgebühren veranlaßt werden, ist zu melden, daß diese Erhebungen mittelst Fragebogen erfolgen, welche sämmtlichen Geistlichen, und zwar mit 135 Fragen, zugegangen sind. Die Rücksendung der Fragebogen soll bis zum October an die Consistorien, und an die obersten Kirchenbehörden bis zum December erfolgen. Dann soll durch die oberste Kirchenbehörde zunächst die Zusammenstellung des Ergebnisses und dann die weitere Bearbeitung behufs einer der im künftigen Jahr zusammenzutretenden Generalsynode zu unterbreitenden Vorlage angenommen werden. — Der evangelische Ober-Kirchen-Rath wird mit Allerh. Genehmigung zur Abhilfe der dringendsten Notstände der evangelischen Kirche in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rheinland am 6. October eine Kirchenkollekte und während der auf diese Tage folgenden Zeit eine Hausscollecte durch kirchliche Organe einsammeln lassen. Der Minister des Cultus hat verfügt, daß die Regierungen ihre Hauptkassen anzusegnen haben, die eingehenden Collecten-Gelder anzunehmen und später an die General-Kasse des Cultus-Ministeriums abzuführen. — In der Periode vom September 1877 bis zum 30. Juni 1878 sind nach früheren Angaben 8,207,423 Cr. Nüben zur Süßzuckerfabrikation versteuert worden. Von dieser Menge sind nach einer amtlichen Übersicht über die Ausfuhr und Einfuhr von Zucker: nach dem Zollausland versandt im Monat Juli d. J. an verarbeitetem Zucker a) raffinierter Zucker 41,736 Cr. (aus Preußen allein 41,195 Cr.), b) Rohzucker 66,470 Cr., welches Quantum auf Preußen allein fällt; c) Melasse und Syrup 22,830 Cr., wovon auf Preußen 12,886 Cr. kommen. In demselben Monat fand eine Einfuhr von Zucker statt und zwar a) raffinierter Zucker 8999 Cr. b) Rohzucker 1416 Cr. c) Melasse und Syrup 11,210 Cr.

Berlin, 12. Sept. [Vom Reichstage.] Wahlprüfungen. — Es scheint noch unentschieden, ob die erste Lesung des Socialistengesetzes am Sonnabend oder erst am ersten oder zweiten Tage der nächsten Woche vorgenommen werden soll. Vielleicht wird Fürst Bismarck noch in dieser Richtung einen Wunsch äußern lassen, wenn er überhaupt der ersten Debatte, in der jedenfalls die hervorragendsten Redner und maßgebendsten Politiker aller Parteien zu Wort kommen werden, persönlich anwohnen will. Daß die Vorlage an eine Commission von größerem Umfange, von 21 oder gar 28 Mitgliedern verwiesen werden wird, ist nicht zweifelhaft. Man hat schon die Frage aufgeworfen, was das Plenum des Reichstages während der zeitraubenden Arbeiten der Commission, die doch jedenfalls gute vierzehn Tage in Anspruch nehmen werden, beginnen sollte. Die Antwort erscheint sehr einfach, wenn man berücksichtigt, welches Material sich allmäßig bei der Wahlprüfungs-Commission ansammelt. Nach alledem, was über Wahlbeamstellungen und sonstige Ungehörigkeiten durch die Presse in die Öffentlichkeit gedrungen ist, kann schon jetzt angenommen werden, daß die Anträge der Commission an das Plenum in verschiedenen Fällen auf Ungültigkeitserklärung, in noch mehreren auf Beanstandung lauten werden. Dem Plenum ist nun, während die Abnahmegerichtscommission arbeitet, bei dem Mangel irgendwelcher anderen Vorlagen der verbündeten Regierungen, die beste Gelegenheit geboten, die Verhandlungen über jene Anträge mit aller nur erdenklichen Gründlichkeit zu führen. Früher konnte das schon deshalb nicht geschehen, weil die Berichte über Wahlprüfungen fast immer nur als Beiwerk neben angeblich wichtigeren Nummern auf der Tages-Ordnung fungierten. Auch ist es leider im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhaus oft genug vorgekommen, daß Wahlen, welche nach einstimmigem Urtheil cassirt werden mußten, nicht etwa gegen Ende der ersten Session, sondern erst gegen Ende der ganzen Legislaturperiode zur Prüfung gelangten. Man hatte die Sache dann aus irgend welchen Gründen so hinzuschleppen gewußt, daß die betreffenden Abgeordneten eigentlich unrechtmäßig während bei nahe der ganzen Dauer des Parlaments denselben angehörten. Ein besonders eclatanter Fall war vor einigen Jahren der des Prinzen Carl zu Hohenlohe, dessen Wahl am letzten Tage der Legislaturperiode geprüft werden sollte. Er überbot noch die Fronde des Zusalls, indem er im Beginn der betreffenden Sitzung die Niederlegung seines Mandats anzeigen und damit die Wahlprüfung illusorisch mache.

## Österreich.

Wien, 12. Septbr. [Zur Stimming in Bosnien.] Dem „Fr.-Bl.“ wird aus Serajewo geschrieben: „Die Gemüther der Bevölkerung, die vor und unmittelbar nach dem Einmarsch unserer Truppen sehr erregt waren, beginnen sich allmäßig zu beruhigen. Es ist jetzt schon möglich, zwischen Freund und Feind strikt zu unterscheiden. Die katholische Bevölkerung der Hauptstadt war vom Anfang an voll Sympathie für die österreichischen Truppen. Sie giebt denselben bei jeder Gelegenheit Ausdruck. Sie sieht in dem österreichischen Regime die thatsächliche Befreiung von dem mohamedanischen Joch und giebt sich durch die Unwesenheit der österreichischen Glaubensgenossen einer Art von stolzem Selbstbewußtsein hin, das mitunter für die Mohamedaner gefährlich werden könnte, wenn es nicht durch die österreichischen Militärbehörden vorsichtig in Schranken gehalten würde. Es mehren sich die Klagen der Begs, welche die christlichen Pächter nunmehr die Abgabe des Pachtshillings verweigern. In solchen Fällen erhalten die Begs durch die österreichischen Behörden immer ihr Recht. Die griechischen Christen, die mit den Juden den bestehenden Theil der Stadtbevölkerung bilden und in deren Händen

sich beinahe ausschließlich der Handel befindet, werden vornehmlich durch materielle Interessen auf die Seite des neuen Regimes gezogen. Da sie an der österreichischen Garnison ein ganz beträchtliches Stück Geld verdienen, so gehören sie zu jenen, die ihre Freude über die Occupation am offensten zur Schau tragen, obwohl diese Gestaltung, wie erwähnt, hauptsächlich materielle und egoistische Ursachen haben mag. Unter den Mohamedanern giebt es Viele, die dem neuen Regemente ihre Ergebenheit zu erkennen geben, so zumeist die großen Grundbesitzer. Die ärmeren Bevölkerung freilich und insbesondere jene Beamten, die sich zur Verwaltung ungeeignet erweisen und deshalb entlassen werden müssen, bilden den Kern der Unzufriedenen. Die Beamten waren wohl geneigt, sammelt und sonders in österreichische Dienste zu treten, und so lange sie gute Aussichten hierfür hatten, waren sie freundlich und willfährig. Ihr Benehmen änderte sich, seitdem entschieden worden, daß die meisten von ihnen entlassen werden müssen. Dadurch ist auch das Proletariat in der Stadt beträchtlich vermehrt worden. Auf dem Lande ist die Stimmung der Mohamedaner im Allgemeinen gebrückt durch die Requisitionen, die ihnen aufgelegt werden. Diese Verhältnisse werden sich hoffentlich bessern, wenn durch die Herstellung fahrbarer Straßen, insbesondere aber einer Eisenbahnlinie, die Verpflegung der Armee besser geregelt sein wird. Die Militär-Verwaltung leistet wohl auch auf diesem Gebiete das Menschenmögliche, aber jede Kraft muß scheltern an den beinahe unüberwindlichen Transportchwierigkeiten. Von Brod bis hierher braucht ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk beinahe vierzehn Tage. Den größten Theil der Fourage, den solch ein Fuhrwerk ausladen kann, verzehren die Pferde auf dem Wege. Es wird nicht besser werden, ehe nicht eine Eisenbahn bis tief ins Land hinein den Verkehr vermittelt.

Wien, 12. Sept. [Prinz Reuß.] An dem gestern in Schönbrunn stattgefundenen Gala-Diner hat auch der deutsche Botschafter, Prinz Reuß, Theil genommen.

[Die Ermordung des Consuls Perrod.] Wie die „Essegger Zeitung“ von Herrn Ivan Schlenker erfährt, sind die Mörder Perrod's bereits entdeckt und zum Theil festgenommen worden, und zwar in Folge seiner Initiative und unter seiner Beihilfe. Herr Schlenker lieferte für den Feldtelegraphen die Telegraphensäulen. Schon bei seiner ersten Unwesenheit in Maglaj hörte er von Christen, daß bei Zepce von Serajewo erfuhr er nun folgenden Thatbestand: Dem Omer Beg von Dravnik, einem Insurgenten-Führer, welcher in Blistrine eine Sägemühle besitzt, ward bekannt, daß Perrod mit vielem Gelde von Serajewo in dieser Richtung gereist sei. Er sprach nun mehreren Türken zu, Perrod zu überfallen und ihn zu berauben. In der That entschlossen sich dazu: Husso Mracaj von Gracarovic, Ahmed Aga, Mula Begovic Derwisch, Kara Ibric, Mustje Ibro, Suleiman Arnaut, Mustapha Hazagie und Serajilja von Storme. Als nun Perrod mit noch einem Manne, in welchem der Serajewo-Holzhändler Kreitmayer vermutet wird, zu Wagen am Blistrinebach ankam, wurde er überrascht, aus dem Wagen gerissen und ihm der Kopf abgehauen. An dieser That beteiligten sich nebst Omer Beg Mustje Ibro, Suleiman Arnaut, Mustapha Hazagie und Serajilja von Storme. Andere, nämlich die Baptists Ahmed Aga, Mula Begovic Derwisch und Kara Ibric, überfielen den andern Mann. Dieser sprang aber aus dem Wagen und in die Bosna. Man schoss auf ihn, trotzdem reitete er sich auf das andere Ufer. Er floh zu dem Türk Kovačevic in Kovanic bei Golubinje, von dem er freundlich aufgenommen wurde. Er bekam zu essen und durfte dort übernachten. Andern Morgens gab ihm Kovanic einen Fez, da der Mann seinen Hut verloren hatte, und erhielt einen Ducaten als Geschenk. Allein Omer Beg und die drei Baptists forschten nach ihm, fanden und banden ihn im Walde und führten ihn zur Stena (Felswand) bei Zelezno-Polje, wo sie ihm ebenfalls den Kopf abschnitten und den Rumpf an das Ufer der Bosna warfen. Andern Tage forderte Omer Beg die Christen Stipo Nakić, Matko Kožic und den Knez Lovro Krezo von Golubinje auf, die Kleider zu beschaffen, was sie jedoch nicht thaten. Die Mörder gingen dann in den Han Begovo, wo sie ihren schwarzen Kaffee mit 50 Ducaten bezahlten. Alles das erfuhr Herr Schlenker, als er nach Vollendung der Telegraphen-Linie von Serajewo zurückkehrte. Er ging zum Kaimakam von Zepce und ersuchte ihn, er möge ihm einen Baptiz beibehalten. Der Kaimakam stellte ihm nun den Mula Begovic's Derwisch zur Verfügung. Mit diesem ging nun Herr Schlenker zum Capellen-Commandanten von Zepce, Major Menslik, und bezeichnete den Baptiz als einen der Mörder des General-Consuls Perrod. Der Baptiz wurde festgenommen und ebenso die beiden andern Baptists dingfest gemacht. Nach den übrigen Mörfern wird gesucht.

## Schweiz.

Bern, 7. Septbr. [General Ochsenbein und Injurien-Prozeß.] Der von General Ochsenbein gegen die Berner „Tagespost“ und den Bieler „Seeländerboten“ vor dem Schwarzericht in Biel erhobene Injurien-Prozeß ist, wie man der „K. Ztg.“ schreibt, vollständig zu dessen Ungunsten ausgesessen. Er wurde nicht nur in sämmtliche Kosten, sondern auch zu 365 Fr. Entschädigung an die Freigesprochenen verurtheilt. Die genannten Blätter hatten nämlich dem General den Vorwurf gemacht, die von ihm im Jahre 1845 angesführten Freischaren schmählich verlassen zu haben, ferner während des Sonderbundfeldzuges im Jahre 1847 ein ungeschickter Führer der Reserve-truppen, und endlich im Jahre 1850 ein politischer Ueberläufer und bonapartistischer Reisläufer. Obersöldling und Werber gewesen zu sein. Nach Anhörung einiger Zeugen ergriff zuerst für den Kläger Fürsprech Aebi von Bern das Wort, welcher, die Vorgänge des Jahres 1845 und 1847 schildernd, gestützt auf verschiedene Urtheile — so haben Dr. Steiger von Zug und General Dufour dem General Ochsenbein alle Gerechtigkeit widerfahren lassen — denselben gegen diese Vorwürfe zu rechtssicherlich suchen. Von der Reserve-Division des Jahres 1847 sei ihm sogar ein Ehrensäbel gewidmet worden. Daß Ochsenbein in französische Dienste getreten, mache ihm keine Unrechte, das hätten Andere sogar zum Nutzen der Schweiz auch gehabt; daß derselbe jemals Werber gewesen sei, stellte der Vertheidiger auf das Bestimmteste in Abrede. Der Staats-Anwalt stimmte dem in Allem bei. Das Plaidoyer für die Angeklagten hatten die Fürsprecher

Höfer und Saßli, ebenfalls von Bern, übernommen, Ersterer vom militärischen, letzterer vom politischen Standpunkt aus. Wie Aebi bei der Vertheidigung des Klägers berief auch Höfer für seine Clienten sich auf das Urteil verschlechter damaliger Zeitgenossen. Daß Ochsenbein für den französischen Kriegsdienst geworben, wies Höfer durch verschiedene Artikel, welche damals im „Bund“ erschienen und niemals widerrufen worden seien, und durch Circulare nach, welche der französische General damals durch ihn den schweizerischen Offizieren zusandte, und als ihm in der Schweiz keine Kosten mehr erblühen wollten, habe ihn sein Chirurg unter fremde Fahnen getrieben. Noch schärfer urtheilte Saßli. Er bezeichnete Ochsenbein als einen zwar kenntnissreichen, aber dabei charakterlosen Mann, dessen Leben eine Reihe ehrgeiziger Pläne und Intrigen aussäße. Bei den letzten Grossrathswahlen habe er gehofft, aus seinem seitlichen Stilleben wieder herauszutreten, in den Grossen Rat und wo möglich in den Regierungsrath gewählt zu werden, zu welchem Zwecke er ein Pamphlet gegen seinen Gegencandidaten veröffentlicht habe, worauf dann die Aussäße auf ihn in der „Tagespost“ und dem „Seeländerboten“ als Antwort gefolgt seien. Allerdings habe Ochsenbein in den vierzig Jahren in den vordersten Reihen der Radicalen gestanden, aber nur so lange, als er den Radicalismus als Piederlal habe benutzen können. Später habe er diese Partei zu spalten gesucht und treulos an ihr gehandelt. Endlich sei die Nemesis über ihn hereingebrochen. Durchschaut von den Liberalen, habe er aus dem Bundesrath weichen müssen. Eine Juste Milieu-Partei zu gründen, sei ihm nicht gelungen und als er endlich gesehen, daß in der Schweiz die Achtung vor ihm dahin, habe der Boden seines Vaterlandes ihm unter den Füßen gebrannt und er, der früher von der Corruption des fremden Dienstes gesprochen, sei jetzt selbst in fremden Dienst gezogen und Brigadier-General beim verdorbenen Kaiser der Franzosen geworden.

### Frankreich.

Paris, 9. Septbr. [Über die neueste Rede des Grafen de Mun] schreibt man der „R. Z.“: Gewisses Aufsehen erregt hier eine Rede, welche der bekannte ultramontane Arbeiterapostel, Graf de Mun, gestern in Chartres hielt, wohin er mit den Mitgliedern der Pariser Gesellenvereine eine Wallfahrt gemacht hatte. In dieser Rede, welche alle ultramontanen Blätter mit höchstem Wohlgefallen aufnehmen, wird auf schlagende Weise klar gestellt, daß die Clericalen dadurch, daß sie die sociale Frage zu ihren Gunsten ausbeuten oder sich vielmehr mit den Socialisten verbinden, wie dies auch in Deutschland der Fall ist, sich wieder an die Gewalt bringen wollen. Wenn man einige Phrasen zu Gunsten der katholischen Kirche herausstreckt, so hätte die Mun'sche Rede von jedem Socialdemokraten gehalten werden können. Wie diese zieht er auch gegen die bestehenden Einrichtungen zu Felde, will, daß man den Einfluß des Capitols vernichte, und erklärt, daß der Feind der Liberalismus sei. Graf de Mun gibt natürlich seine eigenen Ideen hier nicht zum Besten, sondern er ist einfach das Werkzeug des hiesigen päpstlichen Nuntius Meglia, der, als er in München den päpstlichen Hof vertrat, offen erklärt, daß die „Kirche“ sich nur durch einen Bund mit der Revolution retten könne. Ob die Pläne der Ultramontanen gelingen, ist jedoch zweifelhaft. Es ist zwar wahr, daß sie einen Theil der Führer der Socialdemokraten gewonnen haben, aber es ist doch nicht wahrscheinlich, daß die Ultramontanen in Frankreich mit ihren Cercles catholiques d'ouvriers, die seit 1871 bestehen, den nämlichen Erfolg haben werden, wie ihre Genossen in Deutschland mit ihren katholischen Gesellen-Vereinen. Was Frankreich übrigens vor der ultramontanen Herrschaft bewahren wird, ist, daß die französischen Bauern die Freiheit aus voller Seele hassen, weil sie befürchten, daß sie die 1789 gewonnene Selbstständigkeit verlieren, wenn dieselbe wieder ans Ruder kommt, so daß, falls auch die Mehrheit der Arbeiter sich befürchten lassen sollte, die Landbevölkerungen doch alle Berechnungen der Clericalen zu Schanden machen würden.

[An der Truppenbesichtigung, welche nächsten Sonntag bei Vincennes stattfindet,] werden zwei Corps teilnehmen; das 4., welches seit Anfang dieses Monats in der Nähe von Paris manövriert, und die Truppen von Paris, Versailles und St. Germain, über welch letztere der Gouverneur von Paris den Befehl führen wird. Sämmtliche Truppen, ungefähr 55,000 — dieselben haben 15,005 Mann Reserven eingezogen —, werden unter dem Oberbefehl des Kriegsministers stehen. Die fremden Offiziere, welche gegenwärtig zu den verschiedenen Manövern nach Frankreich commandirt sind, kommen nach Paris, um im Staate des Marschalls der Besichtigung anzuwohnen. Das 4. Corp wird am 15. Morgens gegen 9 Uhr, seine Quartiere verlassen und brigadiweise nach dem Manöverplatz abmarschieren. Die Regimenter von Paris und Umgegend verlassen bei Tagesanbruch ihre Casernen, um im Vincenner Waldchen Halt zu machen und dort zu frühstücken.

Paris, 10. Sept. [Die Reden der Minister in Boulogne. — Das Manifest des Wahlcomite's der Rechten. — Die Rede de Mun's auf dem Katholikencongres in Chartres. — Anleihe der Stadt Paris. — Mac Mahon.] Die Gambetta'sche „République“ hat Recht erhalten. Die Reden von Boulogne liegen gegenwärtig in ihrem Wortlaut vor: Der Finanzminister Leon Say hat nicht von der Convertitur gesprochen, er hat sich von dem rein finanziellen Standpunkte aus damit begnügt, seine letzte Operation, die Ausgabe der amortisierbaren 3proc. Rente, zu rechtfertigen. Mehr bedurfte es nicht, um heute die Börse in ihrer schlechten Stimmung zu verstärken. Im Übrigen liegen die beiden Minister es sich hauptsächlich angelegen sein, ihre Eintracht an den Tag zu legen. De Freycinet zeigte die Notwendigkeit der großen Bauten, welche die Regierung auszuführen beabsichtigt, für die ökonomische Entwicklung des Landes, und zog gleichzeitig, daß die Ausführung dieser Bauten mächtig zur Befestigung der republikanischen Staatsform beitragen werde. „Wir sind überzeugt, sagte er, wenn die Republik sich durch nützliche Schöpfungen fundzugeben weiß, wenn sie beweist (und sie wird es beweisen), daß sie eine Regierung der Ordnung, des Friedens und der Arbeit ist, so wird es keinen guten Franzosen geben, der sich nicht schäflich uns zugesellt.“ Der Arbeitsminister schloß mit einer Ansprache auf das gute Verhältniß, welches zwischen Frankreich und England bestehe und frank auf das Wohl des Marshall-Präsidenten und der Königin Victoria zugleich. Darauf zeigte Leon Say, daß die großen Bau-Projekte seines Collegen de Freycinet die Zahlungsfähigkeit des Landes nicht übermäßig anstrengen werden. Selbst in den schlimmsten Jahren nach dem Kriege und in der industriellen Krise, welche seit längerer Zeit in Europa herrscht, sei das Ersparnis in Frankreich nie-mals zum Stillstande gekommen. Nach der erwähnten langen und technischen Auseinandersetzung über die amortisierbaren 3proc. schloß der Finanzminister, wie folgt: „Wir hegeln also keinerlei Unruhe; wir haben keine Unvorstellbarkeit begangen, wir beobachten im Gegentheil ein sehr vorsichtiges Verfahren, für dessen Erfolg es nur zweier Dinge bedarf: des Friedens nach außen, und wir zählen auf ihn, und im Innern der Befestigung der Regierung, deren Gründung wir unternommen haben; einer Regierung, welche Erfolg hat, wir können es sagen, und welche in der Zustimmung der Nation ihre Stütze findet.“

Wir bringen also, wie Sie sehen, einen gemeinsamen Plan, welcher keine Unruhe hervorrufen darf, welcher die Kräfte der Nation nicht übersteigt und den wir ausführen können, wenn wir jene beiden Güter, den inneren und den äußeren Frieden, bewahren. Ich bin glücklich, dies sagen zu können, nicht blos vor Ihnen, sondern auch vor unseren englischen Freunden, welche hier durch den Sheriff von London vertreten sind.“ — Das famose Wahlcomite der Rechten hat endlich sein Manifest an die Senatswähler veröffentlicht, gerade da alle Welt an dem Erscheinen desselben verzweifelte. Ein politisches Manifest kann man es kaum nennen. Die Verfasser begnügen sich damit, ihre Parteigenossen zu reichlichen Geld-Beiträgen aufzufordern, und ihr ganzes politisches Glaubensbekenntniß beschränkt sich auf diesen Satz: „Gegenüber den Angriffen, denen täglich die großen Prinzipien und die Einrichtungen, auf welchen unsere sociale Organisation beruht, ausgesetzt sind, ist es mehr als jemals von Wichtigkeit, im Senat eine conservative Mehrheit aufrecht zu halten, welche demselben erlaubt, die von der Verfassung ihm zugewiesene Aufgabe zu erfüllen.“ Das Document ist von 13 Senatoren und Deputirten unterzeichnet, von denen kein einziger in den Fractionen der Rechten eine hervorragende Stelle einnimmt. — Der Katholiken-Congress in Chartres ist am Sonntag eröffnet worden und bereits hat sich der Arbeiter-Apostel de Mun durch eine gewaltige Rede hervorgethan, welche die clerical-legitimistischen Blätter mit Bewunderung erfüllt. Im Namen der religiösen und weltlichen Ordnung reizt de Mun nach seiner Gewohnheit die Arbeiter zum Haß gegen die bestehenden staatlichen Einrichtungen, zum Haß gegen die bestehenden auf. Es ist am Ende kein Wunder, wenn die Socialisten und radikalen Ultras, deren Congress eben untersagt worden, sich über die Parteilichkeit der Regierenden beklagen. — Die Stadt Paris verlangt beim Ministerium die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe von 325 Millionen. Dieselbe soll im December dieses Jahres (in Form von 3proc. Obligationen, mit 400 Franken rückzahlbar) nach dem Muster der städtischen Anleihe von 1871 erfolgen; 280 Millionen sollen zur Abtragung der städtischen Schuld beim Crédit Foncier, 35 Millionen zu öffentlichen Bauten und Verbesserung der städtischen Abzugskanäle dienen. — Mac Mahon ist heute Vormittag nach Dourdan (Seine-et-Oise) abgereist, um den Manövern des 4. Corps beizuwohnen.

### Großbritannien.

A. C. London, 10. Septbr. [Die Katastrophe auf der Themse und die neuere Unglücksfälle.] Im Verlaufe des gestrigen Vormittags erreichte die Zahl der aufgefundenen Leichen die Höhe von 601; was die in immer weiteren Kreisen sich verbreitende Besürfung zu bestätigen scheint, daß der Verlust an Menschenleben, die bisherigen höchsten Schätzungen (700) um ein Beträchtliches übersteigen dürfte. Unter den Bootleuten der Themse, welche bei derartigen Fällen meist den Nagel auf den Kopf zu treffen wissen, wird mit Bestimmtheit angenommen, daß nicht unter 1000, ja vielleicht 1200 Personen zur Zeit des Zusammenstoßes an Bord der „Princess Alice“ gewesen sind. Die Ebbe trieb gestern Morgen eine große Anzahl Leichen bei Greenwich Point an's Ufer; dieselben wurden sofort nach dem Dodghead gebraucht.

Gegen 11 Uhr Morgens bewegte sich der erste Leichenzug vom Dodghead nach dem Woolwicher Kirchhof unter der Begleitung einer starken Polizei-Abteilung; die Ordnung wurde jedoch in keiner Weise gestört; gegen 11 Uhr erreichte der Zug den Kirchhof, wo die Unterbringung der Särge nahezu eine Stunde in Anspruch nahm. Nach beendigter Leichenrede wurden die Särge von Kindern mit Blumen bestreut. — Gegen 3 Uhr Mittags lief im Dodghead von Seiten des Kriegsministeriums ein stricker Regierungsbefehl ein, das Begräbnis der aufgefundenen Leichen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Herzliche Autoritäten sollen sich dahin gedrückt haben, daß die öffentliche Gesundheit die schleunigste Beerdigung aller Leichen, gleichviel, ob sie identifiziert sind oder nicht, verlangt. — Die Verküsse, den hinteren Theil des gesunkenen Schiffes an's Ufer zu ziehen, sind bis jetzt erfolglos geblieben, doch war das Brüstück gegen 3 Uhr Mittags in eine Lage gebracht, welche eine Untersuchung der Räumlichkeiten während der nächsten Ebbe zulassen wird. — Der Lordlieutenant der Grafschaft Kent hat an den Leichenbeschauer der Grafschaft Mr. Carlier das Erlauben gerichtet, das königliche Beileidsbeschreiben zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. (Ist bereits geschehen.) Der Unterstübungsfonds (Manston House) hatte gestern Mittag die Höhe von 3700 £. Sterling erreicht. — Die Dampfschiff-Gesellschaft, welche das Unglückschiff eignete, hat darauf verzichtet, dasselbe zu beben, so daß das Wrack jetzt der „Themen-Erhaltungsbörde“ anheimgefallen ist. — Die Leichen des Capitains Grinstead und des Aufwärters der „Princess Alice“ sind aufgefunden worden.

Seit dem heftigsten Eisenbahn-Unglück bei Sittingbourne und der noch viel furchtbaren Dampfschiff-Collision auf der Themse vergibt kein Tag, an welchem nicht ein mehr oder weniger erheblicher Unglücksfall zu Wasser oder zu Lande gemeldet wird. So ereignete sich am Sonntag Abend ein schreckliches Unglück auf der Cork- und Macroom-Eisenbahn, etwa zwei Meilen von Cork entfernt, durch welches vier Personen ihr Leben verloren und 20 ernste Verlegerungen davontrugen. Während der Zug ungewöhnlich schnell fuhr, entgleiste in Folge eines Achsenbruches in der Nähe der Station Curraheen die Locomotive und zog die nächsten vier Wagons mit sich, welche leichtere durch den Sturz zertrümmert wurden. Der Locomotivführer und dessen Sohn, der ihn begleitete, wurden auf der Stelle getötet, während der Heizer so schwere Verlegerungen erlitt, daß sein Wiederaufkommen bezweifelt wird. Es wurde ihm ein Bein unter der Hüfte weggerissen. Ein Passagier wurde als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen und gegen 30 andere Personen erlitten Arm- und Beinbrüche.

London, 5. Septbr. [England und das indische Reich.] Es liegt, schreibt man der „N. Zürcher Ztg.“, ein merkwürdig auffällender Widerspruch zwischen dem Mangel an Interesse, den die Engländer für die Indier, als Individuen, an den Tag legen, und der Bereitwilligkeit, mit der sie sich die allergrößte Verantwortlichkeit aufbürden, das indische Reich sicher zu stellen. Miss Florence Nightingale ist entschlossen, daß ihre Landsleute etwas über die Indier hören sollen. In einem trefflich geschriebenen Essay in der „Nineteenth Century“ behandelt sie die indischen Zustände und deckt manche der Ursachen der weitverzweigten Unzufriedenheit auf. Auffallend ist die Divergenz zwischen ihren Angaben über die Mortalität in Folge der letzten Hungersnoth und den offiziellen Berichten. Sie berechnet, daß sechs Millionen Menschen gestorben sind. Der Untersekretär für Indien dagegen beziffert den Verlust bloß auf 1,350,000. Wer hat Recht? — Als einen der hauptsächlichsten Factoren der Unzufriedenheit bezeichnet die Autorin die Salzsteuer. In Folge der furchtbaren hohen Auflage sind die Ryots nicht im Stande, sich gesunde Nahrung zu verschaffen. Der Normalwert einer Tonne Salz ist 12½ Schilling, die Steuer dagegen treibt den Preis auf sieben Pf. Sterling, d. h. über elf mal so theuer. Gefallene Fische sind in Folge Salzmangels unerschwinglich. Die armen Leute waschen Salz aus der Erde und kochen ihre Nahrung im Abzug; werden sie dabei erwischt, so werden sie bestraft. Vieles Salz wird geschmuggelt, und das hat eine bedeutende Vermehrung der Polizei notwendig gemacht. Die Salzwerte sind mit Schanzen umgeben, und die Arbeiter werden beim Entlassen jeden Abend genau nach Salz untersucht. Die Salzsteuer ist tatsächlich eine Auflage, welche ungeborenen Generationen Elend bereitet. — Am furchterlichsten jedoch leidet der Ryot durch die Wucherer. Fast möchte es scheinen, als ob die natürliche Lage des Indiens lebenslängliche Verschuldung wäre. Den Zins für die 20 oder 30 Jacharten, die er bebaut, muß er in Baar erlegen, und dieses Geld schlägt ihm der Wucherer vor, der ist zugleich der Dorfkramer und Bankier. Für das Saatkorn muß der Ryot nicht weniger als 100 p.C. Zins zur Erntezeit zahlen; für die vorgeschoenen Lebensmittel dagegen bloß 50 p.C. Nun hat zwar das Hindu-Gesetz die weise Vorschrift, daß die Zinsen eines Anleihens nie-

das Capital übersteigen sollen. Die Wucherer sind jedoch schlauer als ihr Gewissen, sobald die Zinsen anlaufen, lassen sie ihre Schulden einen neuen Schein unterschreiben, der das alte Capital nebst Zinsen enthält, als neue Schuld. Es ist überhaupt nicht die Absicht des Dorfwucherers, das Capital zurückzuhalten; in guten Jahren läßt er die Schuld fortdundern und begnügt sich mit 36 p.C. Ist dagegen der Ryot insolvent geworden, so kann sich der Wucherer seines Landes bemächtigen, daß er um ein Zehntel des Normalwertes erhält, oder er kann den Ryot zwingen, lebenslang für ihn zu arbeiten. Damit ist er ganz ruinirt. Warum hilft die Regierung nicht, die doch das erste Pfandrecht auf das Land hat? Die That ist, daß die Regierung Vorschüsse zu 7 p.C. gewährt, aber eintheils ist der Ryot vergeblich in den Klauen des Wucherers, anderntheils sind die Formulare und Rückzahlungsbedingungen der Regierung so strict, daß der Ryot lieber 10- bis 15 mal soviel Zins dem Wucherer zahlt. Raum eine Viertelmillion Staatsgelder steht so aus. In anderer Weise ist dagegen die anglo-indische Regierung direct für das dem Wucher entspringende Elend verantwortlich. Die Civilgerichtshöfe werden tatsächlich in den Händen der Wucherer das Mittel, dem Ryot den letzten Blutsstrom auszupressen, während der letztere im Gerichtshof keinen Schutz gegen die Expreßionen seines Unterdrückers findet. Zugegangen, daß der Ryot dumum, unwissen oder leichtfertig ist; in letzter Instanz kommt er doch zur Einsicht, daß die britischen Institutionen für ihn nicht kein Schutz sind, sondern geradezu das Mittel werden, ihn zu spolieren. Diese That ist in den höchsten Kreisen bekannt. Ein General-Gouverneur hat offiziell zugestanden, daß das Gesetz über die Gerichtshöfe in direkter Weise für die weitverbreitete Unzufriedenheit verantwortlich gemacht werden müsse. Aber noch nie ist etwas geschehen, um es abzuändern. Es erfordert eben keine Staatsraison dafür; wohl aber gab es eine solche für das Protectorat über Kleinstaaten. Es gäbe für unsere Staatsmänner näher zu Hause lohnende Arbeit genug.

### Provinzial-Befüllung.

Breslau, 13. Septbr. [Zur Grenzbesetzung.] Das General-Commando des VI. Armeecorps hat unter Zustimmung der Regierung zu Oppeln beschlossen, an Stelle der bisherigen Grenzbesetzung nur 4 Offiziere und 52 ausgewählte Unteroffiziere zum Schutz der Grenze gegen das Ein- und Ausdehnen der Grenzbesetzung und in derselben Weise zu stationiren, in welcher demnächst die Grenzgarde aufgestellt werden soll. Dieser modifizierte Grenzfuß wird am 20. d. M. Mittags, zu welchem Zeitpunkte die jetzt zur Grenzbesetzung verwendeten Truppen zurückgezogen werden, in Kraft treten und bis zum Eintritt der Grenzgarde vorübergehend hier verbleiben. Hierbei werden hier von der Grenzgarde am Rande Pleß, Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz, Lublinz und Rosenberg.

H. Breslau, 12. September. [Elementarschulwesen Breslau.] Aus dem von dem Stadtschul-Inspector Brobst Dietrich pro 1877/78 erstatteten Jahresberichte über die städtischen evangelischen Elementarschulen entnehmen wir zunächst bezüglich der Elementarschulen von 6496 Knaben und 7205 Mädchen, zusammen von 13,701 Kindern besucht; zu Anfang des Schuljahres 1876/77 waren 14,689 Knaben und 7733 Mädchen, zusammen 14,632 Schüler, mitin 931 mehr als im Vorjahr. Am Schlusse derselben Schuljahres betrug die Gesamtzahl der Schulkinder 14,474, darunter 6769 Knaben und 7705 Mädchen; am Ende des Vorjahrs war in derselben Anzahl von Schulen die Gesamtzahl der Schulkinder 13,894 (6670 Knaben und 7224 Mädchen); mitin ist im letzten Jahre die Zahl um 580 gesunken. Von den 14,474 Schülern am Schlusse des Schuljahres 1877/78 waren 13,588 evangelisch, 541 protestantisch, 276 jüdisch und 69 disidentisch. Evangelische Confirmanden waren 1164, d. h. 169 weniger als im Vorjahr, obwohl die Zahl der evangelischen Schüler gegen das Vorjahr um 573 Schüler gestiegen war. Der Klassenzahl nach sind unter den 42 evangelischen Elementarschulen vierklassig 8, fünfklassig 16, sechsklassig 23, also 4 vierklassige Schulen weniger und 4 sechsklassige mehr, als im Vorjahr. In den 7 Parallelklassen im Vorjahr sind im letzten Jahre noch hinzugetreten 6, so daß im Ganzen 13 Parallelklassen vorhanden waren. Die Schulen 15, 17 und 24 sind in Wirklichkeit also sieben, die Schulen 8, 22, 32 und 45 achtklassig. Ein Hinweis auf das dringende Bedürfnis und die gleiche Notwendigkeit der Errichtung neuer Schulen und der Erbauung neuer Schulhäuser! Die Klassenzahl war im letzten Jahre 243 mit 194 Lehrern und 49 Lehrerinnen. Im Vorjahr war die Klassenlehrer resp. Lehrerinnenzahl 229. Die Unterbringung aller Schulkinder ist nur durch Überfüllung sehr vieler unteren Klassen möglich geworden. Auch der Nebelstand des Halbtagsunterrichtes hat im letzten Jahre noch nicht genügend befehligt werden können, zu öffnender Beinträchtigung der Kinder im Lernen und Fortschreiten, welche diese Schulen besuchen müssen. Möglicherweise ist nur in armen Dorfschulen sonst sich findende Nebelstand durch Beschaffung der nötigen Schullässen, resp. durch die Erbauung neuer Schulhäuser recht bald sein Ende finden.

Die Zahl der Handarbeits-Lehrerinnen war im Vorjahr 102, im letzten Jahre 112. Von den letzteren unterrichteten 9 in zwei Klassen. Das gesamte Lehrer- und Lehrerinnen-Personal betrug hierauf 355, gegen 331 im Vorjahr.

Die Durchschnittszahl der Schulkinder in den 42 Schulen betrug im Anfang des Schuljahres rund 350, gegen 300 im Schuljahr 1875/76 und 330 im Vorjahr. Die Durchschnittszahl der Schüler in einer der 230 Klassen war rund 64, doch fanden sich noch Klassen mit mehr als 80 Schülern vor. Drei Klassen in Schule Nr. 11, je eine Klasse in Nr. 15, 25, 27 und 44.

Der Schulbesuch wird in dem Bericht als ein im Ganzen befriedigender bezeichnet. In strabalen Schulversammlungen ist gegen die betreffenden Eltern Seitens der Schulbehörde energisch, vielfach mit Geldstrafen, mehr als im Unvermögensfalle mit Haft eingeschritten worden.

Der Ausnabenzustand, daß in manchen Schulen auch noch im Schuljahr 1877/78 der ganze Unterricht auf den Vormittag gelegt war, hat sich und mit Beginn des neuen Schuljahres aufgehobt.

Im vorigen Jahresbericht ist in Betreff der Schulhäuser und Klassenzimmer und Schulkästen auf manchen Notstand, auf vielfache Nebelstände hingewiesen worden. Manches hat sich durch die Erbauung und Eröffnung der großen Schulhäuser auf der Kirchstraße und an der großen Oberbrücke hierbei verbessert, aber bei weitem noch nicht alles; mancher alte Nebelstand hat sich sogar noch verschlimmert und neue Nebelstände sind noch hinzugetreten. Als solche Nebelstände bezeichnet es der Bericht, daß die Räume der Klassen I., II. und ganz besonders IIIb. in der vierklassigen Schule 2 (Weißgerbergasse), längst schon dunklen Kellerläufen ähnlich, nach seither ihnen gegenüber ein hoher Neubau das lehre Licht fortgenommen hat, in einer Zustand befinden, der ohne Argwohn des Augenlichtes der Kinder, wie der Lehrer und Lehrerinnen, die noch dazu in solchen finstern Räumen bei aller Wärme und Aufwärmung nur mit geringem Erfolg unterrichten können, nicht lange fortdauern darf. Nicht gänzlich günstig, namenlich in Betreff des Hinterhauses, sind auch die Verhältnisse der Schulen 3 am Nitterplatz und 14 auf der Harrasgasse. — Als ein großer Nebelstand wird es ferner bezeichnet, daß eine Menge Schulklassen nicht selten in großer Entfernung vom Schulhaus in Privathäusern untergebracht sind, wodurch dem betreffenden Schul-Direktor die Erfüllung ihrer Pflichten in Beaufsichtigung aller ihm unterstellten Klassen sehr erschwert, ja zum Theil unmöglich gemacht wird. Mehrere neue Schulen und für Schulzwecke geeignete Schulhäuser sind dringendes Bedürfnis, sei es, um einzelne ganz zweckwidrige Schullokale zu beseitigen oder um der im Laufe des letzten Jahres so bedeutend gestiegenen Schülernzahl gebührend Rechnung zu tragen. In letzterer Beziehung zeigt der Bericht darauf hin, daß in den letzten 5 Jahren die Schülernzahl der evangelischen Schulen um 3617 sich erhöht hat, ohne daß in dieser Zeit neue Schulen (wenn auch viele einzelne neue Klassen) errichtet worden waren, die Zahl der Schulen hat sich sogar nach Aufhebung der Seminare Schule 31 zu Ostern 1875 um eine Schule verminder.

Die innere Einrichtung und Ausstattung der vorhandenen Schulhäuser und Schulklassen bezeichnet der Bericht, abgesehen von den oben bei einzelnen Schulen besprochenen Mängeln und Nebelständen, als eine gute. Bezüglich der Internats geht demnächst der Bericht sehr eingehend auf.



